

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **08.03.2017**, 17:15 Uhr - 19:07 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion:

Gaby Comos-Aldejohann, Babette Lichtenstein-van Lengerich, Christel Loschelder, Dr. Maria Gabriele Peus-Bispinck (ab 17:20 Uhr), Karin Reismann, Klaus-Peter Richter, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion:

Doris Feldmann, Elke Haves, Thomas Kollmann, Meik Tafelski, Maria Winkel,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

Christoph Kattentidt (bis 18:16 Uhr), Otto Reiners, Sylvia Rietenberg, Udo Schröder-Hörster, Harald Wölter (ab 18:16 Uhr),

von der FDP-Fraktion:

Claudia Grönefeld,

auf Vorschlag der Ratsgruppe Piraten/ÖDP:

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen:

Yildirim Eroglu, Margareta Seiling, Arnold Voskamp, Elisabeth Wibben,

von der Verwaltung:

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Heinz Lembeck, Christine Menke, Florian Meyer, Gabriele Regenitter, Dr. Norbert Schulze Kalthoff, Daniela Stemmer, Frank Treutler, Petra Woldt,

für die Schriftführung:

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Sven Gotthal, Richard-Michael Halberstadt, Otmar Knüvener, Martin Scholz, Gudrun Sturm,

Gäste von der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster:

Herr Dr. Helmut Mair, Herr Saed Samar

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 08.03.2017

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Benennung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung für die Lenkungsgruppe "MünsterZukünfte 20/30/50" |
| | 3. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 4. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 4.1. | Eingänge |
| | 4.2. | Mitteilungen |
| | 5. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0080/2017</u>
IV | 6. | Schulentwicklungsplanung Berufskollegs |
| <u>V/0107/2017</u>
VI | 7. | Einführung der Sozialgerechten Bodennutzung in Münster (SoBoMünster) im April 2014 - Bericht zum aktuellen Sachstand |
| <u>V/1052/2016</u>
V | 8. | Handlungskonzept "Geflüchtete Menschen in Münster" |
| <u>V/0908/2016</u>
V | 9. | Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere zur Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf |
| <u>V/1002/2016</u>
V | 10. | Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung |

<u>V/0150/2017</u> V	11.	Jahresbericht 2016 der Arbeit der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster
<u>V/0036/2017</u> V	12.	Jahresbericht zum Kundenreaktionsmanagement (KRM) 2016 des Jobcenters Münster / Ergebnisse der Kundenbefragung (Messwellen 2016) des Jobcenters Münster
<u>V/0064/2017</u> V	13.	Basisinformationen Jobcenter
<u>V/0127/2017</u> V	14.	Zielvereinbarung 2017 Jobcenter Münster
	15.	Verschiedenes

Herr Kollmann eröffnete um 17:15 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung fest.

Er begrüßte als neue Mitglieder im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung Frau Dr. Maria Gabriele Peus-Bispinck und Frau Margareta Seiling und hieß sie herzlich willkommen.

Herr Kollmann überbrachte die Entschuldigung der Fraktion DIE LINKE., die wegen Krankheit von Herrn Scholz und terminlicher Verhinderung von Herrn Draeger in der Sitzung nicht vertreten sein kann.

Auf Wunsch mehrerer Mitglieder solle die Dauer der Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung möglichst verkürzt werden. Herr Kollmann bat um Verständnis, dass dies eine restriktivere Sitzungsführung erforderlich mache und um Unterstützung bei der Umsetzung dieses Vorhabens. Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung bedachte diese Äußerungen mit Beifall.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel verpflichtete Herr Kollmann Frau Dr. Peus-Bispinck mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung Benennung einer Vertreterin oder eines Vertreters sowie einer Stellvertretung für die Lenkungsgruppe "MünsterZukünfte 20/30/50"

Für die Lenkungsgruppe „MünsterZukünfte 20/30/50“ benennt der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung eine Vertreterin oder einen Vertreter sowie eine Stellvertretung.

Frau Reismann schlug Herrn Wolfgarten als Vertreter des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung in der Lenkungsgruppe vor und Frau Rietenberg als seine Stellvertreterin.

Frau Winkel schlug vor, den Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung, Herrn Kollmann, in die Lenkungsgruppe zu entsenden.

Daraufhin stimmte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung über die Benennung von Herrn Wolfgarten und als Stellvertretung Frau Rietenberg als Mitglieder der Lenkungsgruppe ab.

Der Vorschlag wurde mehrheitlich (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Gegenstimmen (SPD ohne Herrn Kollmann, FDP) sowie zwei Enthaltungen (Herr Kollmann, Ratsgruppe Piraten/ÖDP) angenommen.

Herr Reiners bat daraufhin, folgende Erklärung in die Niederschrift aufzunehmen:

Zur Besetzung der Lenkungsgruppe für den initiierten Zukunftsprozess „20/30/50“ inkl. der Umsetzung der Strategie zur globalen nachhaltigen Kommune wurden im letzten Monat in den Fachausschüssen Vertreterinnen und Vertreter gewählt. Die Abstimmungen in den jeweiligen Fachausschüssen erfolgten jeweils solitär, ohne dabei einen Überblick über die Gesamtzusammensetzung der Lenkungsgruppe zu haben. Aus unserer Sicht sollten jedoch alle Fraktionen und bedeutungsvollen Interessenvertreterinnen und Vertreter in den initiierten Zukunftsprozess „20/30/50“ eingebunden werden.

Herr Kollmann machte deutlich, dass dieses Verfahren nicht eine angemessene Vertretung aller im Rat vertretenen Parteien sicherstelle. In anderen Ausschüssen sei es Usus gewesen, dass die Ausschussvorsitzenden benannt würden, hier wurde davon abgewichen. Dieses sei umso unerklärlicher, als dass die SPD lediglich einen Ausschussvorsitz inne habe.

Punkt 3 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Frau Rietenberg bat, die unter TOP 10 aufgeführte Vorlage V/1002/2016 „Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung“ wegen zusätzlichem Beratungsbedarfs von der Tagesordnung abzusetzen. Widerspruch gegen diesen Vorschlag wurde nicht erhoben.

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 4.1 der Tagesordnung

Eingänge

Herr Kollmann machte auf die Vorlage V/0072/2017 „Münster Hauptbahnhof Ostseite - Bauvorhaben Landmarken HBF Münster Ost GmbH“ aufmerksam, die sich zurzeit in der Beratungskette befinde. Die Vorlage beinhalte das aktualisierte städtebauliche Gesamtkonzept zum geplanten Neubau eines Empfangsgebäudes für die Hauptbahnhof-Ostseite und zur Neugestaltung des öffentlichen Raumes (Bahnhofsvorplatz Ostseite, Bremer Straße, Grünanlage). Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung solle diese Vorhaben auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten betrachten und begleiten.

Punkt 4.2 der Tagesordnung**Mitteilungen****Frau Arnkens-Homann**

4.2.1 nahm zur aktuellen Flüchtlingssituation Stellung und berichtete über das Modellprojekt „Einwanderung gestalten NRW“. Der Bericht ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.

Frau Arnkens-Homann schlug den Mitgliedern vor, die Information über die aktuelle Flüchtlingssituation im Vorfeld der Sitzungen mit den Unterlagen zuzusenden. Widerspruch hiergegen wurde nicht erhoben.

4.2.2 machte auf folgende Unterlagen aufmerksam, die die Mitglieder im Vorfeld der Sitzung erhalten hatten:

- Flyer zur Veranstaltung „Quo vadis? Ehrenamt in Münster“ am 23. März 2017
- Information über die Anerkennung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag und die Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstruktur in NRW
- Information über die finanzielle Förderung von Initiativen im Feld Migration/Integration und von Begegnungsstätten/Stadtteilarbeit
- Information zum Münster-Pass

Frau Woldt

4.2.3 informierte über folgende Stiftungsprojekte:

- DeutschSommer 2016/2017
- Diktatwettbewerb 2017

Die Informationen sind der Niederschrift beigelegt – **Anlagen 2 und 3**.

Herr Dr. Schulze Kalthoff

4.2.4 stellte den Informationsstand bezüglich der Cannabisregulierung dar.

4.2.5 berichtete zum Prostituiertenschutzgesetz.

Die Informationen sind der Niederschrift beigelegt – **Anlagen 4 und 5**.

Punkt 5 der Tagesordnung**Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Voskamp bat um Auskunft zum Stand der Beantwortung der von ihm in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 18.01.2017 gestellten Fragen hinsichtlich des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms des Jobcenters Münster.

Frau Winkel wies darauf hin, dass die Verwaltung zu den in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 18.01.2017 mehrheitlich abgelehnten Anträgen der SPD-Fraktion zwischenzeitlich die im Ausschuss beschlossene Stellungnahme abgegeben und den Fraktionsvorsitzenden im Rat, den arbeitsmarktpolitischen Sprecherinnen und Sprechern sowie den Geschäftsstellen der Fraktionen und der Ratsgruppe zur Verfügung gestellt habe.

Herr Bierstedt sagte zu, Herrn Voskamp das Schreiben unmittelbar zukommen zu lassen und es zudem als Anlage der Niederschrift beizufügen – **Anlage 6**.

Soweit nach Erhalt dieses Schreibens noch Fragen offen sein sollten, bot Herr Kollmann Herrn Voskamp an, diese nachzureichen, damit eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung erfolgen könne.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0080/2017**

Schulentwicklungsplanung Berufskollegs

Herr Kattentidt brachte einen gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein und wies darauf hin, dass der Antrag identisch sei mit dem Beschluss des Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 7**.

Frau Feldmann brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 8**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Fürstimmen (SPD, FDP, Piraten/ÖDP) ab.

Anschließend beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung zunächst den gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und danach die Vorlage in Gestalt des Änderungsantrages einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Münster befürwortet den Einstieg in eine dialogische Schulentwicklungsplanung für die städtischen Berufskollegs (SEP BK's).
2. Die inhaltliche Ausgestaltung soll unter Einbeziehung der Berufskollegs selbst sowie unter Beteiligung der relevanten Partner des Netzwerkes Schule/Wirtschaft (u.a. Kammern, Bezirksregierung, Agentur für Arbeit) erfolgen.
3. Für die Schulentwicklungsplanung der städtischen Berufskollegs gelten die 2011 beschlossenen Leitlinien der Schulentwicklungsplanung (Anlage 1) mit folgenden Konkretisierungen und Akzentuierungen.
 - Die zukunftsfähige Ausrichtung der städtischen Berufskollegs, in der Bildungsstadt Münster verfolgt die Vielfalt des Angebotes als Standortfaktor sowie die Profilschärfung jedes einzelnen Berufskollegs;
 - Im Sinne der Weiterentwicklung einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung sind gelingende Bildungsbiografien auch im Blick der SEP-BK's. Diese hat daher sicherzustellen, dass alle Schüler*innen wie auch junge Erwachsene bei Übergängen nach der Sekundarstufe I ins Übergangssystem der Berufskollegs wie auch dann folgender Übergänge (z.B. nach der Ausbildungsvorbereitung) im Blick gehalten werden. Instrumentarien zur Unterstützung dieser Übergänge, wie sie auch durch das Landesprogramm KAoA bereitgestellt werden, sind weiterzuentwickeln.

- eine optimierte und wirtschaftliche Raumnutzung durch Ausschöpfung möglicher Synergien (incl. Erstellung einer Konzeption für die Entwicklung des Areals der Fürstenbergschule nach Auszug der Gesamtschule Münster-Ost)
 - eine modernen technischen wie auch lerndidaktischen Anforderungen entsprechende räumliche und technische Ausstattung **sowie eine bedarfsgerechte Ausstattung an Hard und Softwarekomponenten. Hierzu gehört unter anderem die flächendeckende Ausstattung mit WLAN. Für die Realisierung dieser Leitlinien prüft die Verwaltung die Erstellung eines eigenen MEP für Berufskollegs unter Berücksichtigung der jeweiligen unterschiedlichen Bedarfe.**
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass der vorgesehene Projektverlauf 2017 - 2019 vorsieht, Ergebnisse spätestens im 1. Halbjahr 2019 vorzulegen.
 5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die zu diesem Zweck eingerichtete 0,5 Personalstelle (EG 12) für die Projektsteuerung und -durchführung für die Zeit vom 01.01.2017 bis 31.12.2019 zeitnah besetzt wird.
 6. Die Verwaltung wird beauftragt, Interimslösungen für die Unterbringung der ausgelagerten Klassen des Anne-Frank-Berufskollegs, des Hans-Böckler-Berufskollegs und des Wilhelm-Emmanuel-Ketteler Berufskollegs zu entwickeln, da die aktuellen Dependancen (Areal ehem. Fürstenbergschule und Fürstin-von-Gallitzin-Realschule sowie ehem. Josef-schule) nur noch begrenzt zur Verfügung stehen.
 7. Der Antrag der CDU-Fraktion Nr. A-R/0067/2015 vom 26.10.2015 „Berufskollegs stärken - den wachsenden Aufgaben gerecht werden“ ist damit aufgegriffen.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0107/2017**

**Einführung der Sozialgerechten Bodennutzung in
Münster (SoBoMünster) im April 2014 - Bericht zum
aktuellen Sachstand**

Frau Regenitter stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Mitglieder verschiedener Fraktionen dankten Frau Regenitter und den anderen beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für die ausgezeichnete Arbeit.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/1052/2016**

**Handlungskonzept "Geflüchtete Menschen in
Münster"**

Herr Kattentidt dankte der Verwaltung für die Vorlage, aber ausdrücklich auch für die in den vergangenen Jahren geleistete Arbeit.

Frau Winkel brachte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 9**.

Frau Grönefeld dankte für das Handlungskonzept und brachte einen Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion mündlich ein. Der Text des Antrages ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 10**.

Herr Reiners bat die Verwaltung um eine aktuelle Aufstellung der Kosten im Flüchtlingsbereich im Vorfeld der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Frau Stadträtin Wilkens sagte zu, die für diesen Bereich vorhandenen Finanzdaten entsprechend darzulegen. Sie wies aber zugleich auf Abgrenzungsprobleme zu anderen Bereichen hin.

Frau Stadträtin Wilkens und Frau Arnkens-Homann beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung lehnte den Antrag der SPD-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP) bei Fürstimmen (SPD, Piraten/ÖDP) ab.

Anschließend lehnte der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung den Antrag der FDP-Fraktion mit Mehrheit (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Piraten/ÖDP) bei einer Fürstimme (FDP) und Enthaltungen (SPD) ab.

Sodann beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt – und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat beschließt das anliegende Handlungskonzept „Geflüchtete Menschen in Münster“

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dieser Vorlage unmittelbar keine Kosten entstehen.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0908/2016**

**Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere zur
Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege-
und Unterstützungsbedarf**

Herr Wölter brachte einen gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein, die Vorlage um den im Antrag aufgeführten Beschlussvorschlag zu ergänzen. Der Antrag ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 11**.

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss zunächst den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und dann die Vorlage in Gestalt des Antrages einstimmig (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL) bei Enthaltungen (SPD, FDP) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Masterplan altengerechte, inklusive Quartiere zur Versorgungssicherheit von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf wird als grundlegende Zusammenstellung von Ansätzen und Vorschlägen für die Umsetzung konkreter Entwicklungsvorhaben dieser Ausrichtung zur Kenntnis genommen.

2. Ausgehend von dem grundlegenden Ziel einer generationengerechten und nachhaltigen Stadtentwicklung Münsters, die auf die individuellen Bedürfnis- und Lebenslagen der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet ist, muss die kommunale Planung beständig Anforderungen begegnen, die sich aus gesellschaftlichen Veränderungen, sich wandelnden Bedürfnissen und Sichtweisen ergeben. Vor dem Hintergrund des demografischen und sozialen Wandels sowie damit einher gehender Modernisierungsnotwendigkeiten beziehen sich solche Anforderungen vor allem auf die Bereiche Wohnraum- und Nahversorgung, quartiersnahe Gesundheitsversorgung, Sozial- und Integrationspolitik, Infrastrukturausstattung und Daseinsvorsorge, die Stadterneuerung sowie die Kinder-, Familien-, Bildungs-, Schul-, Sport- und Kultur-, Arbeitsmarkt-, wie auch der Umweltpolitik. Dabei sind die Belange eines inklusiven und altersgerechten Gemeinwesens stets einzubeziehen, um möglichst allen Menschen, die das wünschen, ein lebenslanges und selbstbestimmtes Wohnen in ihrem gewohnten Viertel zu ermöglichen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - a) den Blick auf individuelle Lebens- und Bedürfnislagen der Menschen aus Quartiersperspektive in allen kommunalen Fachplanungen zu schärfen, aufgabenbezogen zu konkretisieren und fachübergreifend zu vernetzen;
 - b) nach Maßgabe der verfügbaren finanziellen und personellen Ressourcen altengerechte, inklusive Quartiersentwicklungsvorhaben in Abstimmung mit der Konferenz Alter und Pflege sukzessive in weiteren Gebieten Münsters selbst oder in Trägerschaft Dritter zu realisieren;
 - c) eine Ausweitung des Angebots an Neubauwohnungen insbesondere von Gruppenwohnen (z.B. Wohnen für Jung und Alt, Mehrgenerationenwohnen, Altenwohngemeinschaften) sowie die Errichtung weiterer Gemeinschaftswohnformen unter kooperativer Projektorganisation und -verwaltung zu unterstützen und die Konferenz Alter und Pflege sowie den ASSGVAF jährlich über die Entwicklung zu informieren;
 - d) den Ausbau von barrierefreien und generationengerechten Wohnungen und Wohnformen im bedarfsgerechten Umfang konsequent voranzubringen (unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorgaben der Landesbauordnung). Hierzu gehören insbesondere auch genossenschafts- bzw. gemeinschaftsorientierte Wohnformen, die Förderung von ambulanten Wohn- und Pflegearrangements im vertrauten Quartier wie auch das betreute Wohnen und das selbständige Leben mit Assistenz. Hierzu gehört auch das ambulant unterstützte Wohnen für Menschen mit intensivem Unterstützungsbedarf;
 - e) Kooperationsformen zwischen kommunalen Wohnungsunternehmen und Trägern sozialer Dienste zur Schaffung einer Versorgungssicherheit für die Bewohnerinnen und Bewohner bei Pflege und Unterstützungsbedarf (Quartiersstützpunkte u.a.) zu befördern. Dies gilt auch für die notwendige Zusammenarbeit der Akteure, Träger und Initiativen vor Ort;
 - f) Anbietern von Gütern des täglichen Bedarfs und ihren Verbänden, ebenso Dienstleistern die Quartiersperspektive nahe zu bringen und für ihr praktisches Engagement zur Sicherung einer verlässlichen Nahversorgung zu werben, die den Lebensbedürfnissen der Menschen entspricht;

g) zur Stärkung der Gesundheitsversorgung im Quartier gemeinsam mit den örtlichen Akteuren im Gesundheitsbereich insbesondere auch den Kammern geeignete Angebote der Gesundheitsversorgung namentlich für Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf im Quartier zu entwickeln bzw. auszubauen;

h) regelmäßig, möglichst jährlich über Stand der Planungsprozesse zu berichten.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/1002/2016**

Sozialmonitoring, Konzept und Umsetzung

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt (s. Punkt 2 der Tagesordnung).

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0150/2017**

**Jahresbericht 2016 der Arbeit der Ombudsstelle für
das Jobcenter Münster**

Herr Kollmann begrüßte Herrn Dr. Helmut Mair und Herrn Saed Samar von der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster und schlug vor, ihnen Rederecht zu erteilen. Gegen diesen Vorschlag wurde kein Widerspruch erhoben.

Herr Dr. Mair und Herr Samar berichteten daraufhin über die Arbeit der Ombudsstelle und beantworteten Fragen der Mitglieder.

Herr Meyer ergänzte die Ausführungen und wies auf die als Tischvorlage verteilte Anlage zum Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle hin. Die Anlage zum Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 12**.

Frau Stadträtin Wilkens und Herr Meyer beantworteten Fragen der Mitglieder.

Mitglieder aller Fraktionen dankten den Herren Dr. Mair und Samar stellvertretend für das Team der Ombudsstelle für die geleistete Arbeit und hoben insbesondere das ehrenamtliche Engagement hervor.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung quittierte die Äußerungen mit Beifall.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Jahresbericht 2016 der Ombudsstelle für das Jobcenter Münster zur Kenntnis.

2. Der Rat der Stadt Münster beschließt eine Reduzierung der Planstelle für die Geschäftsstelle der Ombudsstelle zum Stellenplan 2018 von 1,0 auf 0,5.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch Änderung zum Stellenplan 2018 verringern sich die Personalaufwendungen um 28.380€ pro Jahr. Aufgrund der gesetzlichen Regelungen für Optionskommunen trägt der Bund 84,80% der Personalkosten, sodass die Belastungen für den Haushalt der Stadt ab dem kommenden Jahr um 4.310€ sinken werden.

Punkt 12 der Tagesordnung V/0036/2017

Jahresbericht zum Kundenreaktionsmanagement (KRM) 2016 des Jobcenters Münster / Ergebnisse der Kundenbefragung (Messwellen 2016) des Jobcenters Münster

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 13 der Tagesordnung V/0064/2017

Basisinformationen Jobcenter

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder und sagte zu, der Niederschrift eine Statistik über Geflüchtete im Leistungsbezug SGB II beizufügen – **Anlage 13**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung V/0127/2017

Zielvereinbarung 2017 Jobcenter Münster

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder und sagte auf Nachfrage von Herrn Tafelski zu, in den Informationen des Jobcenters auch weiterhin die Zahlen der im Leistungsbezug stehenden Kinder und Jugendlichen aufzuführen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 15 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Reiners thematisierte die Auswirkungen der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes für die sich in der unmittelbaren Umgebung aufhaltenden Menschen mit verschiedenen Problemlagen und warb dafür, den Blick verstärkt auf Unterstützungsmöglichkeiten für diese Personengruppen zu richten.

Herr Kollmann verwies in diesem Zusammenhang nochmals auf seine unter dem Punkt 4.1 der Tagesordnung eingebrachte Anregung, der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung solle die Neugestaltung des öffentlichen Raumes auf der Ostseite des Hauptbahnhofes auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten betrachten und begleiten. Dazu gehöre auch, sich mit dem Verdrängungsprozess auseinanderzusetzen und Lösungsmöglichkeiten für die betroffenen Menschen zu suchen.

Frau Stadträtin Wilkens und Frau Arnkens-Homann bestätigten, dass dieses Thema sowohl in der Planungskonferenz als auch in der Ordnungspartnerschaft präsent sei und angegangen werde. Die Verwaltung werde im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung hierüber berichten.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung